

Die EKIR in der Weimarer Republik und im Kirchenkampf 1918-1945

Quellen: Wallmann, 220-2-274; RGG³; Dembeck, Grundkurs.

1. Die evangelische Kirche in der Weimarer Republik: „Hinkende Trennung“

Das Ende der Monarchie am 9. November 1918 bildete das **Ende des landesherrlichen Kirchenregiments**. Die evangelische Kirche stand vor der Aufgabe, eine eigene Kirchenverfassung zu entwickeln. Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung verlieh den Kirchen den Status von „Körperschaften des öffentlichen Rechts“. Mit der Berechtigung zur Kirchensteuererhebung, zum Religionsunterricht an Schulen und zur Seelsorge in staatlichen Einrichtungen blieb es eine **„hinkende Trennung“** von Kirche und Staat.

Das landeskirchliche Prinzip setzte sich auf dem Dresdener Kirchentag 1919 gegen die Forderung nach einer einheitlich-evangelischen deutschen Reichskirche durch. 1922 schlossen sich die Landeskirchen zum **„Deutschen Evangelischen Kirchenbund“** (DEKB) zusammen, der keinerlei Entscheidungskompetenzen hatte. An seiner Spitze stand der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss (DEKA). Im Rheinland, das seit 1835 das presbyterial-synodale System hatte, trat neben die Provinzialsynode und ihren Präses der Provinzialkirchenrat (Vgl. KL). Der erste rheinische Präses, **Friedrich Walter Paul Wolff**, förderte das Selbstbewusstsein und errichtete das erste rheinische Predigerseminar in Düsseldorf.

2. Das nationalsozialistische Fernziel: Ausrottung des Christentums

Mit Adolf Hitler kam im Januar 1933 der Nationalsozialismus an die Macht. In seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 (☞ „Tag von Potsdam“) versicherte Hitler, bestehende Verträge zwischen Staat und Kirche zu respektieren, die kirchlichen Rechte nicht anzutasten. Hitlers wahre Absicht, die **Ausrottung des Christentums** aus dem Leben des deutschen Volkes, war 1933 nur wenigen einsichtig. Dies war für die Zeit nach dem „Endsieg“ geplant. Deshalb wurde der Kampf gegen die Kirchen nie bis zur vollständigen Niederwerfung geführt. Trotz aller Verfolgung haben die Kirchen ihre öffentlich-rechtliche Stellung im Dritten Reich nicht verloren. Erst als 1941/42 im **„Warthegau“** (Nordpolen) die kirchliche Organisation zerstört und das religiöse Leben in die private Vereinssphäre verdrängt wurde, wurden die wahren Ziele der nationalsozialistischen Kirchenpolitik offenbar.

3. Aufstieg und Niedergang der ‚Glaubensbewegung Deutschen Christen‘ 1932-1935

Die 1932 von Pfarrer **Hossenfelder** gegründete **‚Glaubensbewegung DC‘** verband Nationalsozialismus mit christlichen Inhalten und arbeitete auf eine nationale und antijüdische deutsche Reichskirche hin. Die Gleichschaltungspolitik Hitlers ergriff auch die Kirche - der rheinische Präses **Friedrich Schäfer** und Generalsuperintendent **Emil Ernst Stoltenhoff** wehrten sich nicht.

Auf Grund des öffentlichen Drucks, das **‚Führerprinzip‘** auf kirchliche Strukturen anzuwenden, berief DEKA-Präsident Herman Kapler ein „Dreimännerkollegium“ zur Konzipierung reichskirchlicher Strukturen ein – viertes Mitglied wurde Hitlers Bevollmächtigter, Pfarrer Ludwig Müller. Als Kapler zurücktrat, setzte der preußische Kultusminister **August Jäger** zum Staatskommissar der preußischen Landeskirche ein – dieser führte ein Schreckensregiment in der Kirche. Als **Friedrich von Bodelschwingh d.J.** daraufhin seine Kandidatur für das neu zu schaffende Amt des Reichsbischofs zurückzog, wurde **Ludwig Müller** zum Reichsbischof erklärt.

Nach dem Kirchwahlsieg der DC im Sommer 1933 führte die Nationalsynode den **Arierparagrafen** ein. Die **‚Sportpalastkundgebung‘** vom 13. November 1933 öffnete vielen DC-Sympathisanten die Augen. Ludwig Müllers Macht schwand.

4. Aufschwung und Niedergang der Bekennenden Kirche

Erste Gegenpartei zu den DC war die **‚Jungreformatorische Bewegung‘**, zu der **Karl Immer** gehörte. Im September 1933 gründete **Martin Niemöller** den **‚Pfarrernotbund‘**. Aus diesem und der von Immer ins Leben gerufenen reformierten Bruderschaft „Coetus reformierter Prediger“ entstand die Bekennende Kirche, die ihren Namen nach einem Aufsatz von **Wilhelm Niesel** erhielt. Nach zwei „Freien Evangelischen Synoden im Rheinland“ tagte die erste Bekenntnis-Synode der Deutschen Evangelischen Kirche vom 29. bis 31. Mai 1934 in Barmen. Hier verabschiedeten lutherische, reformierte und unierte Theologen die **‚Barmer Theologische Erklärung‘**.

Am 19.-20. Oktober 1934 erklärte die **2. Bekenntnissynode von Berlin-Dahlem** die Trennung vom DC-Kirchenregiment: Auf Grund des „Notrechts“ wurde eine „Vorläufige Kirchenleitung“ (VKL) eingerichtet. Staatliche Ausgleichsversuche etwa durch einen ‚Kirchenausschuss‘ blieben erfolglos. Doch die BK spaltete sich wiederum in „Dahlemiten“, die nicht mit den DC kooperierten, und einen gemäßigten Flügel, welcher u.a. aus den intakten Landeskirchen Bayern, Württemberg und Hannover bestand. Die kirchliche Landschaft spaltete sich in DC, Neutrale (z.B. Fritz Horn, Präses der rheinischen Landeskirche), Gemäßigte und Dahlemiten.

Hitlers Treueidverpflichtung für Beamte machte die BK-Anhänger zu Illegalen. Eigene **Hochschulen** in Wuppertal und Berlin und Predigerseminare in Finkenwalde und Dortmund wurden verboten. Pfarrer der BK, u.a. Martin Niemöller, **Dietrich Bonhoeffer** und der Rheinländer **Paul Schneider** wurden in KZs interniert.

Nach 1937 agierte die BK kaum noch politisch, um nicht als Vaterlandsverräter in Verruf zu geraten.